

Mittelsächsische Links Worte

22. Februar 2017

Nr. 114

11. Jahrgang



Im Rahmen der Berlinale hatte am 12. Februar im Berliner Friedrichstadtpalast der neue Film von August Diehl Premiere: Der junge Karl Marx. Der Streifen führt zurück in das Jahr 1844: Der 26-jährige Karl Marx lebt - hoch verschuldet und von Existenzangst geplagt - mit seiner Frau Jenny im Pariser Exil. Er lernt den Fabrikantensohn Friedrich Engels kennen, welcher gerade eine Studie über die Verelendung des englischen Proletariats publiziert hatte. Marx und Engels sind Gleichgesinnte und werden Freunde. Ihr gemeinsamer Anspruch ist es, die Welt nicht nur zu interpretieren, sondern sie grundlegend zu verändern. Der Bogen wird geschlagen bis zur Entstehung des Bundes der Kommunisten und seines Gründungsdokuments, des Kommunistischen Manifests. Wir informieren zum Filmstart im „Kinopolis“ Freiberg.

Die drei Titelthemen dieser Ausgabe:

1. debattiert:

Die LINKE mit dem Blick auf die
Bundestagswahl

2. informiert:

Kreistagsfraktion der LINKEN zu Asyl
und integrierter Sozialplanung

3. berichtet:

Veranstaltungen zum Tag des Gedenkens
an die Opfer des Nationalsozialismus

- 2 editorial & standpunkt
- 3 kolumne & ausstellung zum holocaust
- 4/5 **titelthema 1:** debatte zum bundes-
tagswahlprogramm der linken
- 6/7 **titelthema 2:** zu asyl und der inte-
grierten sozialplanung in mittelsachsen
- 8 **titelthema 3:** rückblick auf die
gedenkstage für die opfer des nation-
alsozialismus und holocaust
- 9 überblick zu aktionen der linken
- 10 serie zur politischen bildung: beitrags -19 -
- 11 wahlstab aktuell & glückwünsche
& jahrestage
- 12 termine & trauer & querbeet

Die nächste Ausgabe der „Mittelsächsischen LinksWorte“ erscheint am 22. März 2017. Redaktionsschluss ist am Mittwoch, dem 15. März. Unsere Leser bitten wir darum, für den Druck und die Auslieferung der „Mittelsächsischen LinksWorte“ an die Ortsverbände der LINKEN und Bürgerbüros zu spenden.

Spendenempfehlung: 12,00 Euro als Jahresbeitrag.

Geldspenden unter Angabe des Verwendungszwecks „Spende für LinksWorte“ sind unter folgender Bankverbindung möglich:

DIE LINKE. Mittelsachsen

Sparkasse Mittelsachsen

IBAN: DE 87 8705 2000 3115 0282 10

BIC: WELADED1FGX

Kritische und polemische Zuschriften sind von der Redaktion ausdrücklich erwünscht.

Bei Veröffentlichung bringen sie jedoch nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion zum Ausdruck.

Impressum

Herausgeber:

DIE LINKE.

KREISVORSTAND MITTELSACHSEN

Postanschrift der Redaktion:

Kreisgeschäftsstelle der LINKEN
z. Hd. Redaktion „LinksWorte“
09599 Freiberg, Lange Straße 34
Telefon: 0 37 31 - 2 22 56
Telefax: 0 37 31 - 20 21 40
eMail: hans.weiske@dielinke-mittelsachsen.de

Redaktion: Ruth Fritzsche, Achim Grunke, Reik Kneisel, Sabine Lauterbach, Michael Matthes, Sabine Pester, Robert Sobolewski, Marika Tändler-Walenta, Kerstin Ufer, Hans Weiske (verantwortl. i.S.d.P.)

Layout und Satz:

A • Bi • Te
Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske
Birkenstraße 23b
09557 Flöha/OT Falkenau

Verlag und Vertrieb: Eigenverlag und -vertrieb

Druck: Druckerei Willy Gröer GmbH & Co. KG
Kalkstraße 2, 09116 Chemnitz

Internet: Die „LinksWorte“ kann man auch über die Webseite des Kreisverbandes der LINKEN lesen. Über einen Link findet man neben der jeweils aktuellen Ausgabe ein Archiv aller Hefte seit September 2007.

aus der redaktion

Liebe Leserinnen und Leser,

die Vorbereitung der Parteien auf die Bundestagswahlen nimmt langsam Fahrt auf und hat durch die Nominierung von Martin Schulz für die SPD neue Würze erhalten. Der beginnende Wahlkampf spiegelt sich auch in diesem Heft wider. Die Debatte zum Entwurf des Wahlprogramms ist eröffnet. Auf vier Regionalkonferenzen wurde diskutiert, was im Entwurf noch fehlt, was geändert werden sollte und wie die Partei gemeinsam in einen guten und kämpferischen Wahlkampf starten kann. Auch drei Genossinnen aus dem mittelsächsischen Kreisverband der LINKEN haben an der Regionalkonferenz Ost in Leipzig teilgenommen. Unser Redaktionsmitglied Ruth Fritzsche schildert ihre Eindrücke von der Beratung.

Eine weitere wichtige Veranstaltung zur Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes der LINKEN ist die bundesweite Kreisvorsitzenden- und Aktionskonferenz am 10. und 11. März. Wir drucken die Einladung der beiden Bundesvorsitzenden und des Bundesgeschäftsführers sowie die inhaltlichen Schwerpunkte der Workshops ab.

In den Informationen unseres Redaktionsmitglieds Sabine Lauterbach aus der Kreistagsfraktion geht es heute um einen Lagebericht zum Thema „Asyl“ und einen ersten Überblick zur so genannten Integrierten Sozialplanung des Landkreises Mittelsachsen, die uns auch in den nächsten Ausgaben aus der Sicht ihrer sechs Teilbereiche weiter beschäftigen wird. In dieser Ausgabe geht es um die demografische Entwicklung in den vergangenen Jahren.

Im Januar hatten wir auf die vielen Veranstaltungen hingewiesen, die am 27. Januar aus Anlass der Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus und des Holocaust geplant waren, viele davon unter Regie von Ortsverbänden der LINKEN. Heute informieren wir in Wort und Bild über einige dieser Veranstaltungen.

Überhaupt war das Spektrum von Veranstaltungen seit dem Erscheinen unserer Januar-Ausgabe sehr breit gefächert. Der langjährige Landes- und Fraktionsvorsitzende der PDS, Peter Porsch, las in Freiberg aus seinem jüngst erschienenen Buch, der Bundespräsidenten-Kandidat der LINKEN, Prof. Christoph Butterwegge und Horst Wehner, Vizepräsident des sächsischen Landtages, waren zu Gast. Die bereits in Döbeln gezeigte Ausstellung zur häuslichen Gewalt wurde in Freiberg eröffnet.

Unser bereits 19. Beitrag zur politischen Bildung und Information, diesmal wieder aus der Feder von Achim Grunke, geht aus historischer Sicht der Lage im Jahr 1938 der Frage nach, warum der Rechtspopulismus gegenwärtig so stark auf dem Vormarsch ist.

Liebe Leserinnen und Leser, hoffentlich ist aufgefallen, dass wir auch am Layout unserer Zeitung gearbeitet haben. Wir wünschen als Redaktion wie allmonatlich eine anregende und interessante Lektüre.

die rechtspopulistische konterrevolution

Von ACHIM GRUNKE

Seit Jahren erhalten nationalistisch-rechtspopulistische Bewegungen und Parteien in Europa einen anwachsenden Zulauf. Die Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“ titelte im vorigen Jahr: „Rechtspopulismus. Die Konterrevolution. Warum das autoritäre Weltbild rechtspopulistischer Parteien so erfolgreich ist“.

Die ideologischen Bausteine für den heutigen Rechtspopulismus reichen bis in die 20er Jahre des vorigen Jahrhunderts und weiter zurück. Während man aber damals offen ein gestörtes Verhältnis zur Demokratie zeigte, werden bei heutigen Rechtspopulisten rechtskonservativ-nationalistische Positionen mit einem Bekenntnis zur Demokratie verbunden. Man darf gespannt sein, wie ernst das gemeint ist. Dort wo Rechtspopulisten an der Macht sind wie in Polen, in Ungarn und jetzt in den USA, wird schon mal demonstriert, wie Demokratie in ihrem politischen Weltbild zu definieren ist. Es bleibt die Hoffnung, dass demokratische politische Kultur und Zivilgesellschaft ein Konterrevolution aufhalten, die den Rückfall hinter Aufklärung, Humanismus und Demokratie bedeuten würde.

Doch warum sind rechtspopulistische Parteien so erfolgreich? Es ist eine umfassende Systemkrise, eine tiefe soziale Spaltung der Gesellschaft und es sind zunehmende Existenz- und Zukunftsängste, die Menschen in die Arme von Rechtspopulisten treiben. Die Integrationskraft kapitalistischer Demokratie versagt eben in dem Maße wie der kapitalistische Wohlfahrtsstaat zu Grabe getragen wird. Aber diese Entwicklung ist nicht wie ein Naturereignis, etwa wie ein Schlechtwetter bringendes Tiefdruckgebiet über uns gekommen, sondern das Ergebnis einer über Jahrzehnte wirkenden neoliberalen Politik.

Aber warum entläßt sich der Protest nicht im Erstarben der politischen Linken? Dafür gibt es verschiedene Erklärungen, ganz abgesehen von Spanien und Griechenland, wo sichtlich die Erinnerungen an faschistoide und militaristische Diktaturen noch zu frisch sind und sich der Protest hier links artikuliert. Für die Linke heute immer noch erschwerend und nachwirkend ist der Zusammenbruch des „realsozialistischen“ Systems vor über 25 Jahren. Offenkundig gehört auch ein struktureller Antikommunismus zum politischen Gefüge westlicher Gesellschaften, hier allen voran der Bundesrepublik und da ganz besonders in der alten „Ordnungszelle“ Bayern und später gefolgt von der Neu-„Ordnungszelle“ Sachsen, um die Linke auszugrenzen und klein zu halten. Wer in gängigen Politik-Lexika den Begriff „Antikommunismus“ nachschlagen möchte, wird ihn dort vergeblich suchen und nicht finden. Demnach scheint es den Antikommunismus gar nicht zu geben. Doch für herrschende Eliten und ihnen verbundene Medien stand der Hauptfeind stets links, zumindest war das bisher so. Könnte es aber sein, dass Neoliberalismus und Antikommunismus viel mehr am Ast des Systems kapitalistischer Demokratie sägen?

auf seite - drei -
- immer konsequent links -

unser monatlicher
aktueller meinungsbeitrag

Die Wiederbelebung der ALTERNATIVEN RUNDE ist gescheitert. Wohl gemerkt – die ALTERNATIVE RUNDE gab es noch gar nicht wieder. Es sollte nur darüber beraten werden, ob sie wiederbelebt werden sollte und, wenn JA, mit welchen Inhalten. Einigkeit bestand bei uns als Initiatoren allerdings darin: Es solle um grundsätzliche Fragen gehen, um die Thematik der gesellschaftstheoretischen Grundlagen einer sozialistischen Partei. Es lohnt sich auch nicht, den konkreten Umständen des Scheiterns nachzugehen. Tatsache ist, dass offensichtlich kein breiter Bedarf an den Grundlagen des Handelns einer sozialistischen Partei besteht.

Leider kein Alleinstellungsmerkmal des Kreisverbandes Mittelsachsen! Auch der hin und wieder erwähnte Liebknecht-Kreis Sachsen erleidet diesen Trend. Im ersten Jahr seiner Existenz noch impulsgebend, verfällt er immer mehr dem allgemeinen Trott. Genossinnen und Genossen im Liebknecht-Kreis berichten von der politischen Inhaltslosigkeit besonders in den Kreisverbänden.

SAHRA WAGENKNECHT

stellte am 15. Februar in Chemnitz in einer nachgeholten Veranstaltung ihr aktuelles Buch vor. (Nur zur Information: Im überfüllten Saal saßen und standen sechshundert Besucher. Dreihundert fanden keinen Einlass.) Sie wurde gefragt, warum bei ihrer Darstellung der Alternativen zum Kapitalismus so wenig Sozialismus und Karl Marx vorkomme. Die Antwort verblüffte: Sie wolle den Menschen außerhalb der Partei DieLinke aufzeigen, dass es sehr wohl Alternativen zum als wohlstandsfördernde Marktwirtschaft verkauften Kapitalismus gäbe. Die Menschen seien aber fünfundzwanzig Jahre nach dem gescheiterten, real existierenden Sozialismus so geprägt, dass sie selten weiterlesen, wenn von Karl Marx und Sozialismus die Rede ist. Da wäre doch der kleine Trick erlaubt, Karl Marx und Sozialismus mit anderen Worten darzustellen. Mir drängte sich angesichts des aktuellen Geschehens in unseren Reihen der Eindruck auf, Karl Marx, Friedrich Engels, August Bebel, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht spielen auch innerhalb der Partei keine so große Rolle mehr, als dass man sich deren Erkenntnisse wieder auffrischen bzw. überhaupt erst aneignen müsste.

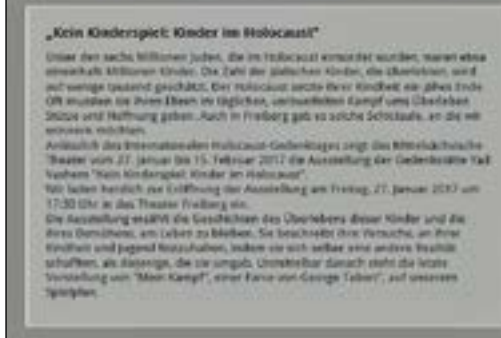
Hinter den Kulissen dieser Partei findet man Hoffnung. Im Mitteilungsblatt des Leipziger Stadtverbandes gibt es den Hinweis darauf, dass die Kommission für Politische Bildung beim Bundesverband eben jene Grundlagenkenntnisse in Kursen mit obligatorischen Wochenend-Seminaren vermittelt. Gegenwärtig kann man sich für den nächsten Zyklus anmelden. Empfohlen werden diese Kurse als Kenntnisgrundausstattung jenen Genossinnen und Genossen, die eine politische Laufbahn anstreben. Voraussetzung für die politische Laufbahn ist es noch nicht. Aber, was nicht ist, kann ja noch werden. (mm)

kein kinderspiel - aber sie waren doch noch kinder!

Eröffnet am 27. Januar, dem Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus, war bis zum 15. Februar im Theater Freiberg der Mittelsächsischen Theater- und Philharmonie gGmbH eine Ausstellung zum Thema „Kinder im Holocaust“ zu sehen. Vom 4. bis zum 18. März dann im Theater Döbeln. Eine schockierende Bild- und Text-

dokumentation zum Schicksal jüdischer Kinder unter der Knute des Faschismus. Man mag es nicht glauben: eineinhalb Millionen jüdischer Kinder wurden ermordet; die Zahl derer, die überlebten, wird auf wenige tausend geschätzt. Zur Verfügung gestellt wird die Dokumentation von der israelischen Gedenkstätte „Yad Vashem“. (hw)

„KEIN KINDERSPIEL: KINDER IM HOLOCAUST“



zu unseren bildern

Oben: Die - leider - etwas versteckte Ankündigung der Ausstellung auf der Internetseite des Mittelsächsischen Theaters, verbunden mit dem Hinweis auf die letzte Vorstellung der Farce von **GEORGE TABORI** „Mein Kampf“ am Tag der Ausstellungseröffnung. Daraus gab es am 21. Januar des Vorjahres im Rahmen einer von der LINKEN organisierten Podiumsdiskussion zum Kulturraumgesetz einige Szenen (Unten, mitte)

Nach Grußadresse der israelischen Botschaft in Deutschland und thematischen Einstieg beginnt die Dokumentation von „Yad Vashem“ (Mitte) mit dem Leben der Kinder vor dem Holocaust. Das kleine Mädchen mit der Puppe wird bald in den Zug nach Treblinka einsteigen, wo ihr junges Leben wie das der erwachsenen Passagiere ausgelöscht wird. (Unten, links) Ergänzend zur Ausstellung werden unter Regie von **Dr. MICHAEL DÜSING** Schicksale jüdischer Kinder dargestellt, die unmittelbar mit Freiberg verbunden sind (Unten, rechts)

Die Vorbereitung auf die Bundestagswahlen nimmt Konturen an. In unserer Januar-Ausgabe haben wir vom politischen Jahresauftakt der LINKEN und der Veröffentlichung des Entwurfs des Bundestagswahlprogramms berichtet.

Inzwischen wurde auf vier Regionalkonferenzen der erste Entwurf des Wahlprogramms debattiert. Unser Redaktionsmitglied **RUTH FRITZSCHE** war Teilnehmerin der Regionalkonferenz Ost in Leipzig am 11. Februar. Im Rahmen dieser Veranstaltung sprach die am 4. Februar als Spitzenkandidatin für die sächsische Landesliste zur Bundestagswahl nominierte Parteivorsitzende **KATJA KIPPING** zu den Teilnehmern.

Am 10. und 11. März findet in Berlin eine landesweite Kreisvorsitzenden- und Aktionskonferenz statt. Wir veröffentlichen Auszüge aus der Einladung zu dieser Beratung, die von Katja Kipping, Bernd Riexinger und Matthias Höhn unterzeichnet ist.

Erste Weichenstellungen gab es auch im kreislichen Wahlstab (siehe dazu Seite -11-). Dort sind die wichtigsten Veranstaltungen und Aktionen des Kreisverbandes im Wahlkampf zusammengefasst. Auf Landesebene ragen die 1. Tagung des 14. Landesparteitages und die LandesvertreterInnen-Versammlung in Glauchau (beide Veranstaltungen am 29. April) und auf Bundesebene der Bundesparteitag vom 9. bis 11. Juni in Hannover heraus. (hw)

von unserem Redaktionsmitglied
RUTH FRITZSCHE

An der Regionalkonferenz Ost nahmen aus dem Kreis Mittelsachsen die Genossinnen **ULRIKE HERRE** und **RUTH FRITZSCHE** aus dem OV Freiberg und die Genossin **CARMEN SCHOLTISSEK** aus dem OV Frankenberg teil, die sich während der Generaldebatte zu Wort meldete. Bei ihr ging es um den Arbeits- und Jugendschutz. Dazu ist es nötig, dass die staatlichen Behörden hierfür gut ausgestaltet sein müssen. Das müssen im Programm ergänzt werden.

Als wir den Felsenkeller betraten, kam uns allen der Raum etwas düster vor. Deshalb war es bestimmt nötig, dass ein Genosse aus Leipzig die Geschichte des Felsenkellers erläuterte und darauf hinwies, dass es sich bei diesem Veranstaltungsort um ein historisches Traditionsgebäude der Leipziger Arbeiterbewegung handelt, in dem schon vor dem 1. Weltkrieg u.a. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg aufgetreten sind. Rosa Luxemburg hielt dort ihre Reden ohne Mikrofon.

Schon zu Beginn zeigte sich, dass ein reges Interesse seitens der anwesenden Mitglieder der Partei und auch der übrigen Interessenten bestand. Der Saal war gut gefüllt und kurz nach 11 Uhr eröffneten und moderierten Mitarbeiter aus dem Karl-Liebknecht-Haus, die an der Erarbeitung des Wahlprogramm-Entwurfes maßgeblich beteiligt sind, die Konferenz. Sie schlugen vor: nach zwei kurzen Begrüßungsreden findet eine Generaldebatte und im Anschluss daran in Arbeitsgruppen der weitere Gedankenaustausch statt.

Als Vorsitzender

des Landesverbandes Sachsen begrüßte **RICO GEBHARDT** die Anwesenden. Er verwies darauf, dass mit **MARTIN SCHULZ** von der SPD ein neues Gesicht erschienen ist, was nun den Wahlkampf wieder spannender macht. Für ihn ist es wichtig, dass wir uns dem Thema „Ostdeutschland“ erneut stärker zuwenden müssen, da es für die Ostdeutschen eine große Benachteiligung nach nunmehr 27 Jahren deutsche Einheit gibt. Diese Ost-West-Spaltung ist unbedingt zu beseitigen, woran auch die sächsische SPD beteiligt sein müsste.

KATJA KIPPING sprach von ersten Zeiten. Es herrscht mit der NATO ein hohes Sicherheitsrisiko. Zur Vorbereitung des Wahlprogrammes wurde mit 4.000 Menschen gesprochen. Für uns komme es darauf an, im Wahlkampf das Verbindende in den Mittelpunkt zu stellen, aber Treten nach „unten“ lehnen wir ab. Wenn es mit dem Kanzlerwechsel einen Politikwechsel geben soll, dann geschieht das nur mit einer starken Linken. Wir machen keinen Frieden mit Hartz-IV.

Es wurde ein Video-Clip gezeigt, in dem viele Meinungen der Menschen zum Ausdruck kamen, so z.B. zu einer guten Pflege, keine Rüstungsexporte, ein Auszubildender ist keine Hilfskraft, keine Leiharbeit mehr, Reiche zahlen freiwillig keine Steuern, die Linke muss von unten ändern.

Dann begann die Generaldebatte, an der sich nach meiner Übersicht ca. 40 – 45 TeilnehmerInnen beteiligten, die aus Sachsen, Thüringen, Brandenburg, Berlin, aber auch vereinzelt aus westlichen Bundesländern kamen und den verschiedensten Bundes- und Landesarbeitsgemeinschaften

angehörten. In der Generaldebatte ging es vor allem um Hinweise und nötige Veränderungen zu den einzelnen Abschnitten und Unterpunkten des Wahlprogrammes. Alles wurde sehr sachlich und konstruktiv vorgebracht. Aus der Vielfalt der Vorschläge einige wenige Gedanken, die für mich von besonderem Interesse waren:

- Der Genosse **SIEGFRIED SCHLEGEL** brachte sein Anliegen zum Wohnen vor, er betonte dass der Gebrauchswert der Wohnungen verbessert werden muss und da Wohnen ein Menschenrecht ist, darf keine Wohnung verkauft werden
- Ein weiterer Genosse sprach die Ansprache im Wahlprogramm an, ihm kommt es auf eine emotionale Ansprache an
- Sozial-ökologische Wende ist im Programm zu kurz gekommen
- Selbstbestimmte Behindertenpolitik auch in der Partei bei Konferenzen beachten. Der Saal im Felsenkeller ist dafür völlig ungeeignet, weil mit vielen Treppen versehen
- Der Abschnitt EU ist neu zu gestalten
- Die Genossin **SUSANNA KARAWANSKI** fordert gleiche Rechte in Ost und West und gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West – das Problem Ostdeutschland ist im Wahlprogramm bisher zu kurz gekommen,
- Gedanken zur Struktur des Programmes – es sind Punkte aufzugliedern z.B. bei „Demokratie – Was ist direkte Demokratie“
- Sicherheit für alle Bürger ist ein wichtiges Thema – Prävention in den Mittelpunkt stellen
- Zur Sicherheit gehört auch mehr Polizei, die aber für die Bürger ansprechbar sein muss
- Frieden ist das wichtigste, ohne Frieden können wir uns alles schenken
- Programm kurz und knapp machen

Nach Abschluss der Generaldebatte bedankte sich Genossin Katja Kipping für die Hinweise und Vorschläge.

Anschließend wurden vier Arbeitsgruppen gebildet, u.a. zum Abschnitt Demokratie, an dem wir uns als Freiburger beteiligten. Für die Diskussion blieb allerdings nur eine Stunde Zeit. Zum Abschluss wurde noch ein Video-Clip zu den wichtigen und nötigen Haustürbesuchen ge-

zeigt, wie sie zum Teil schon gelaufen sind und auf die im Wahlkampf Wert gelegt werden müsste.

Für mich war diese Regionalkonferenz eine wichtige Angelegenheit, um mich noch intensiver mit dem Wahlprogramm zu beschäftigen.

Diskussion zum linken Landesentwicklungsprogramm „Aleksa“

von **MARIKA TÄNDLER-WALENTA**

Im Rahmen des Aleksa-Prozesses der Landtagsfraktion (wir berichteten mehrfach) sowie der Partei DIE LINKE. fand am 14. Februar 2017 in der „Schlossklause“ Waldheim eine gemeinsame Veranstaltung der Ortsverbände Döbeln, Hartha, Leisnig, Roßwein und Waldheim statt. Teilnehmer waren der Landes- und Fraktionsvorsitzende der sächsischen LINKEN, **RICO GEBHARDT** und die stellvertretende Kreisvorsitzende **MARIKA TÄNDLER-WALENTA**.

Im Jahr 2004 entwarf die damalige PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag ein umfassendes Landesentwicklungsprogramm unter dem Titel: ‚Aleksa‘. Gegenwärtig stehen wir vor anderen Herausforderungen als zur damaligen Zeit und dazu braucht Sachsen einen neuen und alternativen Zukunftsplan: Von links, um den Menschen eine Perspektive und vor allem Antworten zu geben.

Die Aleksa-Steuerungsgruppe arbeitet nun seit fast einem Jahr, unter der Leitung unserer Landtagsabgeordneten Jana Pinka, an einem neuen Aleksa Programm.

Um möglichst viele Menschen an der Erarbeitung dieses Projektes beteiligen zu können, wurde eine Regionaltour in Sachsen durchgeführt. Aber auch der interne Dialog ist von enormer Wichtigkeit, daher möchten wir so viel Ortsverbände wie möglich besuchen. Ziel dabei ist der Austausch zu den gegenwärtigen und vor allem zukünftigen Herausforderungen der einzelnen Regionen. Die bisherige Erfahrung zeigt, dass die Themenschwerpunkte je nach Region verschieden sind – ist es in dem einem Landkreis der Breitbandausbau spielt in einem anderen Landkreis der Zugang zur Bildung eine wesentliche Rolle.

Das Ergebnis dieser Veranstaltungen in den Ortsverbänden wird im Frühjahr 2017 in Form von Eckpunkten vorgelegt. Diese Eckpunkte sollen dann das Gerüst für ein neues Aleksa-Programm sein.

Einladung zur bundesweiten Kreisvorsitzenden- und Aktionskonferenz am 10. und 11. März in Berlin

Liebe Genossinnen und Genossen,

„Die Zukunft, für die wir kämpfen: Sozial, gerecht, für alle.“ – unter diesen Titel haben wir Mitte Januar den ersten Entwurf für unser Wahlprogramm zur Bundestagswahl gestellt. Unsere SpitzenkandidatInnen **SAHRA WAGENKNECHT** und **DIETMAR BARTSCH** bekräftigten dabei unsere Ambitionen, mit einer starken LINKEN und einem guten zweistelligen Ergebnis in den nächsten Bundestag einzuziehen. Klar ist schon jetzt: Die Bundestagswahl 2017 wird auch eine Richtungsentscheidung darüber sein, wohin sich unsere Gesellschaft entwickelt. Wir wollen deutlich machen: DIE LINKE ist die entscheidende Kraft für soziale Gerechtigkeit. Wir geben den Menschen eine Stimme in den Parlamenten und streiten im Alltag mit ihnen für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen.

Mit unserer **Kampagne „Das muss drin sein“** haben wir als Partei in den letzten Jahren gemeinsame Schwerpunkte in unserer außerparlamentarischen Arbeit gesetzt. Viele hundert Aktionen auf der Straße, vor Jobcentern und Krankenhäusern haben stattgefunden, viele Kreisverbände sind aktiv geworden. Mit unserer Forderung „100 000 Pflegekräfte mehr!“ steuern wir auf einen vorläufigen Höhepunkt am 12. Mai zu.

Was können wir vor Ort im Rahmen unserer Kampagne noch tun und wie können wir unsere Kampagne in den Bundestagswahlkampf überführen? Welche strategischen und welche praktischen Fragen stellen sich mit Blick auf unsere Wahlkampagne ganz allgemein? – Wir möchten Euch herzlich einladen, diese und weitere Fragen gemeinsam mit uns im Rahmen unserer bundesweiten Kreisvorsitzenden- und Aktionskonferenz am 10. und 11. März 2017 in Berlin zu diskutieren.

Auf unserer Webseite findet Ihr das vollständige Programm der Konferenz sowie organisatorische Hinweise. Bitte meldet Euch auch zeitnah direkt über die Online-Anmeldung an. Bei Rückfragen wendet Euch bitte per E-Mail an **kreisvorsitzendenkonferenz@die-linke.de**.

Wir freuen uns, Euch am 10. und 11. März in Berlin zu sehen.

Mit solidarischen Grüßen

KATJA KIPPING

BERND RIEXINGER

MATTHIAS HÖHN

Auf der Aktionskonferenz gibt es - neben einer Rede von Katja Kipping, der Auswertung der Kampagne „Das muss drin sein“ sowie einer Präsentation zu aktuellen Umfragen zu WählerInnen und Positionen der LINKEN - die folgenden vertiefenden Workshops

- Wahlkampfplanung vor Ort – Mobilisierung, Organisation, Aktionen
- Das zentrale Wahlkampfmaterial – Formate, Titel, Themen
- Direktkandidat/-in – vom zentralen Kandidaten-Service bis zum Direktwahlkampf
- Umgang mit der AfD – Ignorieren? Entzaubern? Aufklären?
- Linksaktiv – neue Mitstreiter/-innen, neue Datenbank, neue Mitglieder
- Kreative Aktionen vor Ort – mehr auffallen und Menschen mobilisieren:
- Haustürbesuche – Wahlkampf von Tür zu Tür
- Online-Wahlkampf: Facebook und Twitter – kein Buch mit sieben Siegeln
- Pressearbeit: Kontakte, Statements, Pressemitteilungen:

von **HANS WEISKE**

Am 27. und 28. Januar fand in Essen der diesjährige Red Media Day der LINKEN statt, an welchem ich als verantwortlicher Redakteur unserer „LinksWorte“ teilnahm. Das Ambiente war einzigartig: Die Zeche Zollverein, einstmals die größte Steinkohlezeche der Welt und bis 1986 (die riesige Kokerei bis 1993)

gedacht. Die Teilnehmer begleiteten die parallel stattfindende Konferenz zum sozial-ökologischen Umbau der Bundestagsfraktion der LINKEN und der Rosa-Luxemburg-Stiftung medial. So wurden Interviews mit Teilnehmern geführt, Bilder geschossen und ein Bericht vom Kongress verfasst. Höhepunkt des ersten Tages war eine Gesprächsrunde der etwa 50 Teilnehmer mit dem Parteivorsitzenden **BERND RIEXINGER**,



Der Red Media Day der LINKEN fand in Essen, im einzigartigen Ambiente der UNESCO-Welterbestätte Zeche Zollverein statt. Industriearchitektur vom Feinsten.

in Betrieb, ist in ein beeindruckendes, fast schon monumentales Welterbe-Denkmal einzigartiger Industriekultur verwandelt worden.

Die Workshops des Red Media Days konzentrierten sich auf drei Schwerpunkte: Die politische Kommunikation über die sozialen Medien, die Gestaltung eigener Zeitungen in den Kreisverbänden und die Möglichkeiten der Fotografie, um vor allem Veranstaltungen der LINKEN spannend ins Bild zu setzen. Für die diesjährige Veranstaltung hatten sich die Organisatoren etwas ganz Besonderes aus-

in deren Mittelpunkt die Rolle der sozialen Medien in der Politik der LINKEN stand. Beeindruckend für mich, mit welcher Offenheit Bernd RieXinger dabei die noch vorhandenen Reserven der LINKEN in der politischen Kommunikation benannte.

Im Workshop „Kleine Zeitungen – gut und professionell gemacht“ (leider musste man sich für einen Workshop entscheiden, ich hätte auch gern bei den Fotografen mitgemacht!) hielt ich als Einziger die Fahne Sachsens und als einer von Wenigen die des Ostens Deutschlands hoch.

fakten zum thema asyl

von unserem Redaktionsmitglied **SABINE LAUTERBACH**

Bereits am 28. November des Vorjahres hat unser Fraktionsmitglied **JÖRG HOMMEL** aus Frankenberg eine umfangreiche Anfrage an das Landratsamt gestellt. Ihm ging es vor allem um die Integration der Flüchtlinge. Einige Vorhaben, welche durch Kreistagsbeschlüsse untersetzt wurden, haben wir bereits vorgestellt. Jetzt wollen wir konkretere Informationen liefern.

Auf die **Frage nach dem Betreuungsschlüssel** erhielten wir folgende Antwort:

„Für die unmittelbare Betreuung stehen 25 Sozialarbeiter zur Verfügung. Als Betreuungsschlüssel wurde der Richtwert 1:150 angesetzt.

Die zwei Bildungskoordinatoren haben am 01.01.2017 ihr Tätigkeit in der Stabsstelle Ausländer- und Asylangelegenheiten aufgenommen. Sie sollen als zentrale Ansprechpartner in die verschiedensten Bildungsangebote etabliert werden. Sie fungieren innerhalb der Kreisverwaltung als Koordinierungsstelle sowie als Schnittstelle zu den externen Akteuren auf dem Gebiet der Bildung.

Für die beabsichtigte Einstellung der 8 Integrationskoordinatoren ist das Bewerbungsverfahren noch nicht abgeschlossen. Deren künftige Aufgaben bestehen darin, den AmtsträgerInnen der kreisangehörigen Städte und Gemeinden beratend bei der Integrationsarbeit zur Seite zu stehen und die Zusammenarbeit mit anderen in diesem Bereich tätigen Institutionen und Netzwerken zu fördern und zu stärken. Mit der Richtlinie Integrative Maßnahmen werden alle Personen mit Migrationshintergrund erfasst.

Da bei den Bildungs- und Integrationskoordinatoren anders als bei Sozialarbeitern nicht eine persönliche Betreuung im Vordergrund steht und der Personenkreis weitergefasst ist, wird hier kein Betreuungsschlüssel angesetzt.“

Wo wird es Integrationskoordinatoren geben?

1. Augustusburg, Leubsdorf, Eppendorf, Oederan, Flöha, Niederwiesa
2. Weißenborn, Brand-Erbsdorf, Bobritzsch-Hilbersdorf, Lichtenberg, Mulda, Dorfchemnitz, Sayda, Neuhausen, Großhartmannsdorf, Rechenberg-Bienenmühle, Frauenstein
3. Hainichen, Großschirma, Oberschöna, Halsbrücke, Reinsberg, Striegistal
4. Altmittweida, Mittweida, Rossau, Frankenberg, Lichtenau, Kriebstein
5. Freiberg
6. Burgstädt, Claußnitz, Geringswalde, Hartmannsdorf, Königshain-Wiederau, Rochlitz, Seelitz, Wechselburg, Mühlau, Lunzenau, Penig, Taura, Zettlitz, Königsfeld, Erlau
7. Döbeln
8. Hartha, Leisnig, Waldheim, Roßwein, Ostrau, Großweitzschen, Zschaitz-Ottewig.

In der folgenden Tabelle sind die Zahlen von arbeitslosen Menschen mit dem Kontext der Fluchtmigration für die Bereiche SGB II und SGB III zusammengefasst.

	arbeitsuchend	davon arbeitslos	davon nicht arbeitslos
SGB II	224	93	131
SGB III	517	247	270
Summe	741	340	401

Maßgeblich für die Integration ist natürlich die **sprachliche Qualifikation**. Zuerst müssen die Flüchtlinge über das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) oder einen Maßnahmeträger die deutsche Sprache erlernen. Erst wenn dies erfolgt ist, werden von der Arbeitsagentur evtl. Bildungs- oder andere Maßnahmen angeboten.

Im Jahr 2016 hat die Agentur für Arbeit Freiberg folgende Angebote an Migranten unterbreitet und finanziert. (Stand 14.11.2016)

- 161 Teilnehmer an Maßnahmen bei Trägern
- 22 Teilnehmer an Maßnahmen bei Arbeitgebern
- 27 Teilnehmer an Weiterbildungen über Bildungsgutschein

Auf die Frage der Integrations- und Sprachkurse erhielten wir eine umfangreiche Übersicht. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass viel mehr Kurse angeboten werden, als Nachfrage besteht. Viele Kurse finden auf Grund der zu geringen Nachfrage nicht statt. In den meisten Kursen gibt es noch ausreichend freie Plätze.

Derzeit gibt es bei den verschiedenen Maßnahmeträgern folgende Integrationskurse:

- Alphabetisierungskurs
- Jugendintegrationskurs
- allgemeiner Integrationskurs

Bei Bedarf kann das Angebot jedoch auch ausgebaut werden. Hierfür wären dann beispielsweise Frauenkurse, Elternkurse, Intensivkurse Integration oder ähnliche möglich.

Die Fragen nach einer **aufgenommenen Berufsausbildung** im Jahr 2016 wurden leider negativ beantwortet. Hier muss man sicherlich auch bemerken, dass die große Flüchtlingswelle im Herbst und Winter 2015/2016 ein großes Defizit bei der Bearbeitung durch das BAMF nach sich zog. Nun muss die sprachliche Qualifikation erfolgen. Wir hoffen, dass mit dem Beginn des Lehrjahres 2017 im September deutlich mehr jugendliche Migranten eine Berufsausbildung beginnen.

Eine weitere Frage stellten wir zur **Bereitstellung eines freien WLAN in den Gemeinschaftsunterkünften**. Durch die Nutzung der digitalen Medien haben die Flüchtlinge die Möglichkeit mit Angehörigen und Freunden in Kontakt zu bleiben. Zudem ist dies oft die einzige Möglichkeit in der Muttersprache Informationen zu erhalten.

Das Landratsamt konnte oder wollte uns hier keine Auskunft geben. Wir haben jedoch recherchiert, dass es in Lunzenau, Clausnitz, Waldheim und EVZ Rossau freie WLAN-Zugänge gibt. Bei Kostenübernahme durch den Landkreis würde die GSO die WLAN-Zugänge auch in den anderen Einrichtungen bereitstellen.

Von Seiten der Landkreisverwaltung wird die Nichtfinanzierung mit dem Gleichbehandlungsgrundsatz begründet, dass der Landkreis auch nicht für Hartz 4 Empfänger kostenloses WLAN anbietet.

Integrierte Sozialplanung im Landkreis Mittelsachsen

Wir haben bereits in unserer Oktober-Ausgabe in einer Übersicht die **sieben Sozialregionen** im Landkreis Mittelsachsen und ihre geografische Einordnung dargestellt. Auf der folgenden Seite sind sie noch einmal zusammenfassend dargestellt.

Jetzt wurde innerhalb einer Kooperation mit der Hochschule Mittweida die Erstellung eines Sozialberichtes vereinbart. Die Fakultät Soziale Arbeit der Hochschule Mittweida bildet unter anderem im sozialen Bereich aus. Junge Leute können einen Bachelor- sowie einen Masterstudiengang im Bereich Soziale Arbeit belegen.

Eine integrierte Sozialplanung ist nötig, um Ressourcen zu bündeln, vorhandene Erfahrungen besser nutzen zu können und letztlich, damit wir soziale Probleme besser bewältigen können und den bedürftigen Menschen entsprechend helfen können. Dazu benötigt man eine kleinräumige

zur integrierten sozialplanung im landkreis mittelsachsen

kommunale Sozialberichterstattung. Sie sollte über die Lebenssituation der in Mittelsachsen lebenden Bevölkerung aufklären. Sie muss aber auch lokale Besonderheiten aufzeigen und die Bedürfnisse der Menschen vor Ort analysieren. Darüber hinaus bildet sie die Grundlage für die Entwicklung der sozialen Infrastruktur und für die kommunale Daseinsvorsorge. Ihr Ziel ist es, soziale Ungleichheiten in unserem Landkreis sozialräumlich zu beschreiben und besondere Bedarfsgruppen und vorrangige Räume zu entwickeln, um abgestimmte Angebote vorzuhalten. Zum Schluss sollen Handlungsempfehlungen erarbeitet werden.

Am 02. Februar 2017 wurde der erste Sozialbericht des Landkreises Mittelsachsen vorgestellt. Von unserer Fraktion waren vier Kreisräte dabei. Wie üblich, die stärkste Teilnahme aller Kreistagsfraktionen.

Der Bericht ist 414 Seiten stark und umfasst folgende Bereiche:

- Demografie
- Finanzen und Einkommen
- Immaterielle Lebenslagen
- Soziale Teilhabe
- Typisierung der Sozialräume im Landkreis
- Fazit und Handlungsempfehlungen

Wir werden in unseren weiteren Ausgaben auf diese Teilbereiche des Sozialberichtes des Landkreises Mittelsachsen eingehen.



Sozialregion	Einwohner (31.12.2015)	zugehörige Städte und Gemeinden
1 Freiberg	41.641	Freiberg
2 Südost/Erzgebirge	41.176	Bobritzsch-Hilbersdorf, Brand-Erbisdorf, Dorfchemnitz, Eppendorf, Frauenstein, Großhartmannsdorf, Lichtenberg, Mulda, Neuhausen, Rechenberg-Bienenmühle, Sayda, Weißenborn
3 Süd/Flöha	46.497	Augustusburg, Flöha, Frankenberg, Leubsdorf, Niederwiesa, Oederan
4 Südwest/Burgstädt	43.513	Burgstädt, Claußnitz, Hartmannsdorf, Lichtenau, Lunzenau, Mühlau, Penig, Taura
5 West/Mittweida	44.723	Altmittweida, Erlau, Geringswalde, Königsfeld, Königshain-Wiederau, Kriebstein, Mittweida, Rochlitz, Rossau, Seelitz, Wechselburg, Zettlitz

Sozialregion	Einwohner (31.12.2015)	zugehörige Städte und Gemeinden
6 Nord/Döbeln	64.136	Döbeln, Großweitzschen, Hartha, Leisnig, Mochau, Ostrau, Roßwein, Waldheim, Zschoitz-Ottewig
7 Nordost/Hainichen	30.764	Großschirma, Hainichen, Halsbrücke, Oberschöna, Reinsberg, Striegistal

Für die Erfassung der Daten wurden folgende Quellen herangezogen:

- Statistisches Bundesamt
- Statistisches Landesamt Sachsen
- Statistisches Landesamt Thüringen
- Zensusdatenbank
- Bundesagentur für Arbeit
- Jugendamt Landkreis Mittelsachsen
- Sozialamt Landkreis Mittelsachsen
- Gesundheitsamt Landkreis Mittelsachsen
- Jobcenter Mittelsachsen
- Schulverwaltungsamt Mittelsachsen

Teil I - Demografie

Außer in der Stadt Freiberg ist die Bevölkerungszahl im gesamten Landkreis rückläufig. Einzig in Freiberg wurde der Negativtrend seit 2011 gestoppt.

Zum einen gibt es flächendeckend ein Defizit zwischen Geburten und Sterbefällen. Zum anderen übersteigen die Wegzüge immer noch die Zuzüge in den Landkreis. Dieser Trend ist jedoch stark rückläufig. Leider endet im Sozialbericht hierfür die Datengrundlage im Jahr 2014. Bereits im Jahr 2015 gab es ein deutliches Plus bei den Zuzügen in unseren Landkreis.

Durch die negativen Geburten/Sterbefallzahlen wird unsere Bevölkerung auch immer älter. (Für die Berechnung des Durchschnittsalters liegen im Betrachtungszeitraum nur Daten der Jahre 2010 und 2014 vor).

Jahr	2010	2011	2012	2013	2014
Saldo Geurten/Sterbefälle	-5,4%	-5,8%	-5,9%	-6,1%	-5,5%
Saldo Wanderungsbewegung	-6,4%	-4,9%	-3,2%	-2,3%	-0,6%
Durchschnittsalter (Jahre)	47,1				48,0

Genauso steigt auch das Verhältnis der Generation 65+. Der Seniorenanteil lag im Jahr 2014 im Landkreis bei 26,3%. Seit 2010 ist das ein Zuwachs um 0,7%. Damit liegt Mittelsachsen mit einen Plus von 1,4% über dem sächsischen Durchschnitt. Dies ruft besondere Anforderungen an infrastrukturellen Veränderungen hervor. Hier kommt in den Bereichen Barrierefreiheit, Nachbarschaftshilfe und soziale Dienste einiges auf und zu.

Haushaltsgrößen

Durchschnittliche Haushaltsgröße zum Zensusstichtag im Jahr 2011 im Landkreis Mittelsachsen: 2,0 Personen

1-Personenhaushalte	35,6 %
2-Personenhaushalte	37,6 %
3-Personenhaushalte	15,7 %
4-Personenhaushalte	8,6 %
5-Personenhaushalte	2,0 %
6 und mehr-Personenhaushalte	0,9 %

27. januar - gedenktag für die opfer der naziherrschaft

In unserer Januar-Ausgabe hatten wir eine Vielzahl von Veranstaltungen angekündigt, die - oftmals initiiert und organisiert von der LINKEN - am 27. Januar, dem Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus, gleichzeitig auch Internationaler Gedenktag für die Opfer des Holocaust, stattfinden. Auf dieser Seite bringen wir einen kleinen Rückblick in Wort und Bild. Ergänzend sei noch bemerkt, dass wir - leider nach Redaktionsschluss - auch noch von einer Veranstaltung in Frankenberg erfuhren.



Zur Veranstaltung an der Gedenkstätte auf dem Alten Friedhof im Neuhauser Ortsteil Dittersbach erinnerten Genosse Prof. **REINHARD KLUGE** und MdL Dr. **JANA PINKA** an die bei den grauenvollen Todesmärschen ermordeten, erfrorenen und verhungerten KZ-Häftlinge des Kommandos Neustaßfurt. Rechts im Bild: **HANS-JOACHIM GRUVE**, Mitglied der Linken Kreistagsfraktion des Erzgebirgskreises. (Bild oben)

In Freiberg legten Genossinnen und Genossen des Ortsverbandes der Linken sowie eine Vertretung der Stadtverwaltung Blumengebinde an den Ehrenmalen der Opfer des Faschismus und der gefallenen Soldaten der Roten Armee nieder. (Bild unten) (ku) Foto: Stadtverwaltung Freiberg

von **MARIKA TÄNDLER-WALENTA**

Am 27. Januar fand im Rahmen des Tages des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus im Café Courage in Döbeln eine szenische Lesung unter dem Titel: „Fritz Bauer – und der Unrechtsstaat“ statt. Im Mittelpunkt standen Leben und Wirken des ehemaligen hessischen Generalstaatsanwalts. Es lasen: **PETER SODANN** – Schauspieler und ehem. Bundespräsidentchaftskandidat, **RICO GEBHARDT** – Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Sächsischen Landtag, die Bundestagsabgeordnete **SUSANNA KARAWANSKIJ**, die Landtagsabgeordneten **FRANZ SODANN** und **SEBASTIAN SCHEEL** sowie die stell. Kreisvorsitzende **MARIKA TÄNDLER-WALENTA**.

Der Hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer hatte den Auswitzprozess, mit 20 Verhandlungsmonaten und 183 Verhandlungstagen der größte Prozess in der bundesdeutschen Strafrechtsgeschichte, gegen den allgemeinen Widerstand von Politik und Justiz der damaligen Bundesrepublik durchgesetzt, damit »wir Gerichtstag halten über uns selbst, über die gefährlichen Faktoren unserer Geschichte«.

Das ist der Anlass, uns ein halbes Jahrhundert danach mit diesem Ereignis und seinem Initiator zu befassen. 1952 formulierte Fritz Bauer den Begriff »nazistischer Unrechtsstaat« und versuchte inmitten einer Justiz, die von braunen Seilschaften geprägt war und umgeben von einer Bevölkerung, für die Wegschauen, Verschweigen, Lügen, dreistes Unrechtsbewusstsein an der Tagesordnung waren, Erinnerung und Aufklärung zu ermöglichen. Sein Credo: „Nichts gehört der Vergangenheit an. Alles ist Gegenwart und kann wieder Zukunft werden“.



FRANZ UND PETER SODANN in Döbeln

Foto: Dietmar Thomas



Ergriffenheit bei **JANA PINKA** und weiteren Teilnehmern der Eröffnung der Ausstellung „Kein Kinderspiel. Kinder im Holocaust“ (siehe dazu unseren Beitrag auf Seite -3-) im Foyer des Theaters in Freiberg.

gewalt ist nie privat

von KERSTIN UFER

Der Titel einer Wanderausstellung, die bereits in Döbeln zu sehen war (wir berichteten), lautet: „**Hinter verschlossenen Türen – Einblicke zur häuslichen Gewalt**“. Sie war vom 7. bis 9. Februar im Vorraum des Mehrgenerationenhauses „Buntes Haus“ in Freiberg zu sehen.

Eröffnet wurde die Ausstellung von MdL SARAH BUDEBERG, gleichstellungspolitische Sprecherin der LINKEN-Landtagsfraktion (2.v.r.), ANJA EICHHORN, Mitarbeiterin bei MdEP Dr. Cornelia Ernst (Mitte) und MdL Dr. JANA PINKA

Vorsitzende des Bildungs- und Sozialausschusses des Stadtrates begrüßt werden.

Sarah Buddeberg betonte in ihrer kleinen Eröffnungsrede: „Diesem brisanten gesellschaftlichen Problem, das viel zu häufig noch als Tabuthema in unserer Gesellschaft gilt, soll mit der Exposition mehr Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit gewidmet werden.“ Anhand mehrerer Tafeln wird über Folgen und mögliche Ursachen Häuslicher Gewalt aufgeklärt und vor allem ein deutliches Zeichen gesetzt, dass diese keine Privatangelegenheit ist, sondern ein gesellschaftliches Problem darstellt. Das bestätigte auch Kerstin Schoss, Lei-



(r.). Gäste der sehr gut besuchten Veranstaltung waren u. a. ANNETT SCHRENK, Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises Mittelsachsen (links) und KERSTIN SCHOSS, Leiterin des Freiburger Frauenschutzhauses (2.v.l.). Als VertreterInnen der Stadt Freiberg konnten MICHAEL HÖSER, Leiter des Amtes für Bildung, Jugend, Soziales sowie Dr. RUTH KRETZER-BRAUN,

terin des **einzigen Frauenschutzhauses Mittelsachsens**. Die seit 1992 bestehende Einrichtung umfasst zwei Wohnungen mit insgesamt 14 Plätzen. Sie wird vor allem vom Freistaat Sachsen, vom Landkreis Mittelsachsen und von der Stadt Freiberg sowie durch Spenden und den geringen Eigenanteil der Schutzsuchenden finanziell unterstützt.



Ende Januar übergaben MdL Dr. JANA PINKA (2.v.r.) und der Vorsitzende des Ortsverbandes Freiberg der LINKEN, MARCEL DÖNICKE (r.), zwei symbolische „Streuner-Steine“ als Spende an das Tierheim „Albert Schweitzer“ in Freiberg, verbunden mit einer finanziellen Zuwendung in Höhe von 200 Euro. Mit auf dem Bild: THOMAS WEIGEL, Schatzmeister des Tierschutzvereins und Vereinschefin INES KRAMER-GREINER, die ebenfalls einen „Streuner-Stein“ spendete.

Foto:W.Josch

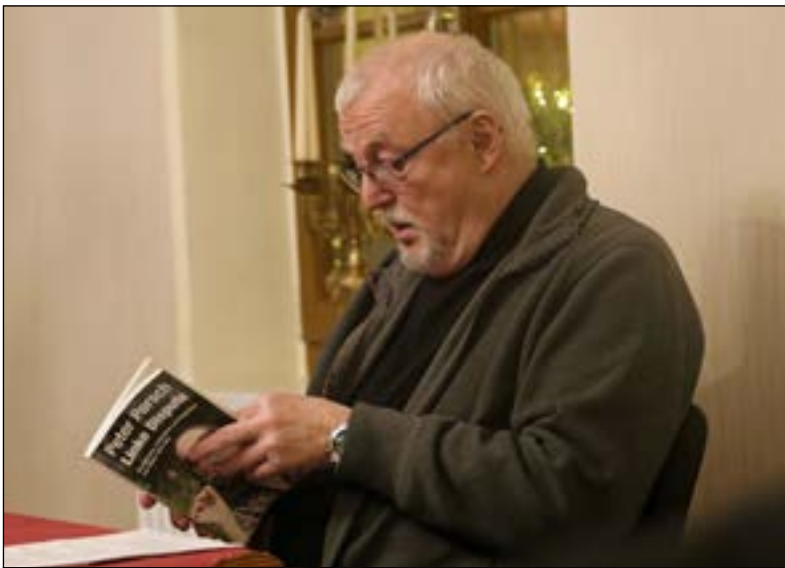
linke dispute mit peter porsch

von HANS WEISKE

Nordsachsen.

Peter Porsch, Jahrgang 1944, ist in der sächsischen LINKEN eine Institution: Von 1992 bis 2001 war der 1973 aus Österreich in die DDR übergesiedelte Germanistik-Professor (Fachgebiete: Dialektologie und Soziallinguistik) Vorsitzender des Landesverbandes und von 1994 bis 2007 Fraktionsvorsitzender der LINKEN im sächsischen Landtag. Zur Landtagswahl 2009 war er nicht mehr angetreten, zur Bundestagswahl im gleichen Jahr kandidierte er ohne Absicherung durch die Landesliste als Direktkandidat in

Am 26. Januar stellte Porsch im Gastraum der Kaffeerösterei Momo in Freiberg sein Büchlein „Linke Dispute“ vor. Nichts gegen seine geschliffen abgefassten „Anregungen, Polemiken und Kopfnüsse aus linker APO-Zeit“, von denen er einige vorstellte: Am unterhaltsamsten war es für die Zuhörer, als Peter Porsch in seinem unverwechselbaren Wiener Dialekt Episoden aus seiner Zeit als Professor an der Leipziger Karl-Marx-Universität in der DDR zum Besten gab. Er sei eben ein „verostdeutscher Wiener“, so Porsch spitzbübisch.



DR. JANA PINKA aus Freiberg, Landtagsabgeordnete der LINKEN, holte PETER PORSCH zur Lesung aus seinem Büchlein „Linke Dispute. Anregungen, Polemiken und Kopfnüsse aus linker APO-Zeit“ nach Freiberg. Porsch präsentiert eine Sammlung seiner scharfsinnigen Kommentare, die er unter der Rubrik „Porsch's Kolumne“ seit langem in „Sachsens Linke!“ veröffentlicht. (siehe dazu auch Seite -11-)

europa 1938 - aufstieg des faschismus

europa heute - rechtspopulismus im vormarsch

von **ACHIM GRUNKE**

Schauen wir im Juli 1938 auf die europäische Landkarte, zeigt sich, dass autoritäre und faschistische Regime im Vormarsch sind. Als Demokratien sind übrig geblieben: Frankreich, Großbritannien, Irland, die Beneluxstaaten, die nordeuropäischen Länder und die Tschechoslowakei. Aber auch in diesen Ländern breiteten sich faschistische Parteien und Bewegungen aus.

faschismus im aufstieg

Die ersten faschistischen Parteien entstanden unmittelbar nach dem I. Weltkrieg in Italien (1919) und in Deutschland (1920) als eine Reaktion auf die Demoralisierung, den wirtschaftlichen Absturz und die Verarmung infolge des Krieges. So schrieb Clara Zetkin 1923 in einem Aufsatz: „Der Faschismus ist der Ausdruck des wirtschaftlichen Verfalls des bürgerlichen Staates. Wie konnte sich der Faschismus zur Massenbewegung entwickeln, dass er in Italien den Sieg über die Arbeiterbewegung davontrug? Es war nur möglich durch den Zerfall der bürgerlichen Gesellschaft. Breite Schichten des Kleinbürgertums und der Intellektuellen haben die Lebensbedingungen der Vorkriegszeit verloren; sie sind nicht nur proletarisiert, sie sind pauperisiert.“

Die bis 1923 andauernde Inflation hatte für breite Schichten der Bevölkerung traumatische Wirkungen und „machte Mitteleuropa für den Faschismus reif“, so **ERIC HOBSBAWM** 1994 (britischer marxistischer Historiker). Und schließlich die Weltwirtschaftskrise 1929/32 mit all ihren sozialen Verwerfungen, die Deutschland besonders hart traf, ebnete dann hier endgültig den Weg für den Faschismus. Die NSDAP, die zunächst in Bedeutungslosigkeit versunken war (2,6% bei den Reichstagswahlen 1928), erlebte nach der Krise eine Wiederauferstehung (18,3% bei den Reichstagswahlen 1930 und 37,4% im Juli 1932).

Im Unterschied zur konservativ-bürgerlichen Rechten verstanden es die Faschisten, die Massen von unten zu mobilisieren. Nach Hobsbawm waren die Faschisten die „Revolutionäre der Konterrevolution: in ihrer Rhetorik; mit ihrer Anziehungskraft auf jene, die sich als Opfer der Gesellschaft empfanden“. Sie übernahmen ganz bewusst Symbole und Begriffe der Arbeiterbewegung: im Parteinamen Nationalsozialistische Arbeiterpartei, mit der modifizierten roten Fahne und dem „Tag der Arbeit“, der am 1. Mai 1933 unter dem Namen „Tag der nationalen Arbeit“ sofort zum

Staatsfeiertag erklärt wurde. Die NSDAP wurde von Teilen des Großkapitals unterstützt und gefördert, wengleich die Legende als widerlegt gilt, dass die finanzielle Unterstützung durch Großindustrielle ein entscheidender Faktor für den Aufstieg der NSDAP zur Macht gewesen sei.

Die Kommunistische Internationale hatte auf ihrem VI. Weltkongress 1928 eine neue Wirtschaftskrise vorhergesagt und damit die Hoffnung auf eine neue Runde von Revolutionen verbunden. Es war



Am 21. Januar inszenieren sich in Koblenz rechtspopulistische Politiker als Anführer eines nationalistischen Europas ohne EU. Foto: Reuters

vom Eintritt in die „dritte Periode“ der „allgemeinen Krise des Kapitalismus“ die Rede. Allerdings führte die tatsächlich bald ausbrechende Krise in eine ganz entgegengesetzte Richtung.

Nachdem Hitler von Reichspräsident Hindenburg zum Reichskanzler ernannt wurde und mit Steigbügelhalterhilfe konservativ-nationalistischer Kräfte sein erstes Regierungskabinett gebildet hatte, in dem die Minister aus der NSDAP noch die Minderheit bildeten, wurde die neu entstandene Lage von vielen Zeitgenossen unterschätzt. Es hieß dann: „Erst mal ruhig abwarten“, „Hitler werde sich in wenigen Wochen abwirtschaften, wie manch andere Regierungen vor ihm“. Vizekanzler Papen, der als Architekt der neuen Regierung galt, meinte gar, er werde Hitler in zwei Monaten in die Ecke gedrückt haben. Der Ausgang des Ganzen ist bekannt.

rechtspopulismus im vormarsch

Vergleichen wir den Aufstieg des Faschismus in den 20er/30er Jahren des vorigen Jahrhunderts mit dem Vormarsch des Rechtspopulismus in der Gegenwart, so zeigen sich durchaus Parallelen, aber auch Unterschiede.

Die heutigen Gesellschaften Europas stehen zwar nicht vor einer Zerrüttung wie nach dem I. Weltkrieg, aber doch ist eine

umfassende Systemkrise zu beobachten, wenn sich die soziale Spaltung der Gesellschaft vertieft und zunehmende Existenz- und Zukunftsängste um sich greifen. So wächst die Kluft zwischen Arm und Reich in fast allen Ländern. Auch hinter der äußeren Fassade des Exportweltmeisters Deutschland lässt sich nicht verstecken, dass in einem der reichsten Länder fast 20% der Bevölkerung armutsgefährdet sind. In Südeuropa hat die Jugendarbeitslosigkeit ein Ausmaß von 40 bis 50% erreicht. Je mehr durch

eine Unterstützung für Rechtspopulisten bisher weitgehend aus. Nationalistische Rhetorik, Grenzen schließen und den Euro abschaffen zu wollen oder aus der EU auszutreten, stören die internationalen Handelsgeschäfte.

Interessant ist dabei, dass Rechtspopulisten wie z.B. der Front National in der politischen Auseinandersetzung auch in die Kiste der Kapitalismuskritik greifen, wie seinerzeit die Nazis bis ihrer Machtergreifung die antikapitalistische Rhetorik bemühten. Auch enttäuschte AfD-Wirtschaftsliberale wetteten schon mal gegen die „Diktatur der Banken“, aber ansonsten wird in einem Strategiepapier der Partei die Devise ausgegeben, die soziale Frage ja nicht vordergründig zu thematisieren.

Obgleich sich Rechtspopulisten bemühen, auf Distanz zu altem und neuem Faschismus zu gehen und ein Bekenntnis zu Demokratie und Verfassung ablegen, ist eine schleichende Wiederbelebung und Rehabilitierung des nazistischen Vokabulars zu beobachten. Da werden etwa politische Gegner als „Volksverräter“ denunziert oder der Begriff des „Völkischen“ in den üblichen Sprachgebrauch aufgenommen oder von einer Gefahr der „Umvolkung“ gesprochen.

Zwischen Nazis und Rechtspopulisten bestehen Gemeinsamkeiten in der nationalistischen, rassistischen und chauvinistischen Ideologie und dem Bestreben, moderne gesellschaftliche Entwicklungen in Bildung, Kultur und Familie zurückzudrehen. Aber Rechtspopulisten haben im Unterschied zu Nazis gerade deshalb an Einfluss gewonnen, weil sie einen offenen Bezug zum Nazisystem vermeiden und auch weitgehend auf antisemitische Auslassungen verzichten. Zum Bewegungsgesetz des rechten Populismus gehöre die fortlaufende Radikalisierung und undifferenzierte Skandalisierung von Missständen und rabiate Feindbildstilisierungen, so der Antisemitismusforscher Wolfgang Benz 2015 in der taz. Ebenso gehöre dazu auch eine Türöffnerfunktion der auf Demagogie basierenden randständigen Bewegungen des Rechtsextremismus. Und so nutzen Rechtspopulisten auch die außerparlamentarische Unterstützung von Neonazis und Rechtsextremen.

Der Philosoph **JÜRGEN HABERMAS** spricht davon, dass „der Saatboden für einen Faschismus“ entstanden ist. Saatboden heißt nicht, dass etwa die AfD schon eine faschistische Partei sei, aber durch die AfD erwachsen im Verein mit Pegida und anderen Bewegungen bestimmte Voraussetzungen für einen neuen Faschismus. Und gerade das macht diese Situation so gefährlich.

wahlstab aktuell

Der Kreisvorstand hat seit dem Erscheinen unserer Januar-Ausgabe keine Beratung durchgeführt. Die nächste Sitzung findet am 6. März im Bürgerbüro Mittweida statt. Wir informieren in unserem März-Heft.

Am 26. Januar tagte unter Leitung von **Lars Kleba** erstmals der kreisliche Wahlstab zur Vorbereitung der Bundestagswahlen am 24. September mit Vertretern beider Bundestagswahlkreise auf dem Territorium des Landkreises Mittelsachsen. Schwerpunkte nach einer Verständigung zu den Aufgaben des Wahlstabes waren:

- Eine erste Verständigung zur Finanzierung der Wahlen. Dazu wurden durch den Schatzmeister Erfahrungen der Finanzplanung für die Bundestagswahlen 2013 dargelegt. Der Kreisvorstand hatte bereits bei der Bestätigung des Finanzplans beschlossen, die bereitstehenden Finanzmittel zu verdoppeln.
- Eine Zeitleiste mit wichtigen Veranstaltungen und Aktionen bis zum Anfang November vorgesehenen Landesparteiitag zur Auswertung der Bundestagswahl. Diese wird zu jeder Beratung des Wahlstabs aktualisiert.
- Die Information über die bundesweite Planung von Plakaten, Wahlzeitung, Postkarten usw. In Abstimmung mit den Ortsverbänden wurden die Standorte der Großplakate bestätigt.

Peter Porsch liest:

Linke Dispute – Anregungen, Polemik und Kopfnüsse aus linker APO-Zeit

In diesem Band sind an die siebzig Kommentare versammelt, die der promovierte Germanist und Vollblutpolitiker Peter Porsch in den letzten Jahren zu Papier brachte. Er reibt sich an Äußerungen von Politiker-Kollegen, an Schlagzeilen in der Presse und Dämlichkeiten des Alltags. Porsch zeigt sich darin als origineller Denker und präziser Analytiker. Er legt, auf dialektisches Denken trainiert, die Elle an: an öffentlich verbreitetem Unsinn, an Phrasen und Sprechblasen und gefährlichen Wendungen. Und Porsch unterhält damit auch.



www.peter-porsch.de

Eine weitere Veranstaltung „Peter Porsch liest: Linke Dispute“ (siehe unseren Beitrag auf Seite -9- zur gleichen Veranstaltung am 26. Januar in Freiberg) findet am 16. März im Ratskeller Döbeln statt.

Das Buch von Peter Porsch ist im Juni 2016 im Verlag am park erschienen. Sämtliche Verkaufserlöse fließen auf das Spendenkonto der Zeitung „Links!“

162 Seiten 12,99 Euro ISBN: 978-3-945187-62-3

unsere jubilare



all unseren genossinnen und genossen mit runden und halbrunden geburtstagen sowie unseren hochbetagten geburtstagskindern gratulieren wir hiermit ganz herzlich !

im märz 2017 wird aus diesem anlass gefeiert bei:

Annelies Schlüter	geb. am 03.03.1927,	in Klipphausen
Klaus Fandrich	geb. am 06.03.1936,	in Lichtenberg/E.
Siegfried Gilat	geb. am 09.03.1932,	in Erlau
Helga Onißeit	geb. am 10.03.1936,	in Seelitz
Siegfried Fuchs	geb. am 10.03.1937,	in Niederwiesa
Erika Steyer	geb. am 11.03.1939,	in Oederan
Liesbeth Möller	geb. am 13.03.1932,	in Freiberg
Erhard Rauthe	geb. am 14.03.1942,	in Erlau
Frank Fritzsche	geb. am 17.03.1942,	in Penig
Sabine Vogel	geb. am 19.03.1952,	in Waldheim
Jutta Bochmann	geb. am 20.03.1933,	in Mulda/Sa.
Reinhard Wilhelm	geb. am 21.03.1921,	in Altmittweida
Horst Hammer	geb. am 21.03.1928,	in Wechselburg
Ortrun Kötzsch	geb. am 22.03.1936,	in St. Michaelis
Horst Schneider	geb. am 22.03.1937,	in Flöha
Sieglinde Widera	geb. am 22.03.1934,	in Brand-Erbisdorf
Eva-Maria Jäschke	geb. am 24.03.1947,	in Leisnig
Friedegard Buschmann	geb. am 25.03.1952,	in Waldheim
Sabine Beger	geb. am 26.03.1952,	in Frankenberg
Horst Meißner	geb. am 26.03.1952,	in Brand-Erbisdorf
Irmgard Hawer	geb. am 26.03.1929,	in Leisnig
Thomas Zahn	geb. am 28.03.1957,	in Flöha
Werner Stephan	geb. am 29.03.1936,	in Geringswald
Danuta Klug	geb. am 29.03.1928,	in Brand-Erbisdorf
Heinz Koch	geb. am 31.03.1922,	in Großhartmannsdorf
Hans-Joachim Klöpper	geb. am 31.03.1930,	in Freiberg

jahrestage im märz 2017

14. - 18.03. 1892: Erster Kongress der Gewerkschaften Deutschlands in Halberstadt. Carl Legien wird als Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands bestätigt.

12.03. 1917: Sieg der bürgerlich-demokratischen Revolution in Russland (Februarrevolution, nach altem Kalender am 27. Februar).

21.03. 1937: Die Enzyklika „Mit brennender Sorge“ von Papst Pius XI. wird in den katholischen Gemeinden Deutschlands verlesen.

07. - 09.03.1947: Gründungskongress des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands (DFD) in Berlin. Erste Vorsitzende wird die Ärztin Anne-Marie Durand-Wevers.

23.03. 1947: Der Gewerkschaftsfunktionär Theodor Leipart verstirbt in Berlin.

12.03. 1947: US-Präsident Truman verkündet in einer Botschaft an den Kongress sein außenpolitisches Programm zur Eindämmung

des Einflusses der Sowjetunion (Truman-Doktrin)

09.03. 1957: Das Oberste Gericht der DDR verurteilt den ehemaligen Cheflektor des Aufbau-Verlages Wolfgang Harich wegen Staatsverrats zu 10 Jahren Zuchthaus.

25.03. 1957: In Rom werden die Verträge über die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) unterzeichnet.

26.03. 1957: Verhaftung des sozialdemokratischen Wirtschaftspolitikers und Gewerkschaftstheoretikers Viktor Agartz unter dem haltlosen Vorwand der Förderung der verbotenen KPD.

12.03. 1992: Der Deutsche Bundestag beschließt die Einsetzung einer Enquete-Kommission zur „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland.“

09.03. 2007: Der Deutsche Bundestag verabschiedet die „Rente mit 67“.

terminübersicht

februar 2017:

28.02. 17 Uhr Wahlplenum des Landesverbandes Sachsen

märz 2017:

01.03. 16 Uhr Sitzung des Wahlstabs
Kreisgeschäftsstelle, Freiberg, Lange Straße 34

02.03. 18 Uhr Kinoveranstaltung „Der junge Karl Marx“
Kinopolis Freiberg

04.03. Eröffnung der Ausstellung „Kinder im Holocaust“
Theater Döbeln

06.03. 19 Uhr Sitzung des Kreisvorstands der LINKEN
Bürgerbüro Mittweida, Weberstraße 30

07.03. 14 Uhr Frauentagsveranstaltung der Ortsverbände Brand-Erbisdorf und Freiberg mit MdB Susanna Karawanskij
Hotel „Regenbogenhaus“ Freiberg, Brückenstraße 5

08.03. 9:30 Uhr Frauentagsveranstaltung in der Clara-Zetkin-Gedenkstätte Wiederau

08.03. 13:30 Uhr Frauenpower zum Frauentag mit MdL Dr. Jana Pinka in Freiberg

10./11.03. Bundesweite Kreisvorsitzenden- und Aktionskonferenz der LINKEN

„Der junge Karl-Marx“ im Kinopolis Freiberg

„DER JUNGE KARL MARX“ ist großes historisches Kino über die Begegnung zweier Geistesgrößen, die die Welt veränderten und die alte Gesellschaft überwinden wollten. In großen Bildern und mit viel Sensibilität erzählt Regisseur Raoul Peck die Entstehungsgeschichte einer weltbekannten Idee als Porträt einer engen Freundschaft. Ihm gelingt ein so intimer wie präziser Blick in die deutsche Geistesgeschichte, die durch zwei brillante und gewitzte Köpfe seit der Renaissance nicht mehr so grundlegend erschüttert wurde“, heißt es in der Ankündigung zum Film, der auf der BERLINALE Premiere hatte.

Zum offiziellen Kinostart wird der Streifen am Donnerstag, 2. März um 18 Uhr im Kinopolis Freiberg zu sehen sein. Dieses erste Vorstellung ist eine ganz besondere: Die Landtagsabgeordnete der LINKEN, Dr. **JANA PINKA** wird das Publikum begrüßen und nach der Vorstellung zu einer öffentlichen Filmdiskussion einladen.

Mitglieder der Partei Die LINKE, für die nicht die übliche Studenten- bzw. Senioren-Ermäßigung gilt, erhalten für die Vorstellung am 2. März ebenfalls den ermäßigten Eintrittspreis von fünf Euro. Dafür ist eine Anmeldung mit Namen und Wohnort bis Montag, 27. Februar, im Bürgerbüro von Dr. Jana Pinka unter **Tel.: 03731-207105** bei Kerstin Ufer (oder Anrufbeantworter) bzw. E-Mail: **roter-weg@jana-pinka.de** erforderlich. Eine Liste wird dann an der Kinokasse hinterlegt.



Armut hat viele Gesichter

Der Bundespräsidenten-Kandidat der LINKEN, Prof. **CHRISTOPH BUTTERWEGGE** sowie **HORST WEHNER**, Vizepräsident des Sächsischen Landtages, trafen sich am Dienstag, 31. Januar, zu einem Arbeitessen mit Mitgliedern der freien Wohlfahrtsverbände Mittelsachsens. Gäste waren zudem die stellv. Fraktionsvorsitzende Dr. **JANA PINKA**, die Sozialexpertin der Fraktion, **SUSANNE SCHAPER**, **JÖRG HÖLLMÜLLER**, 2. Beigeordneter des Landkreises Mittelsachsen sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger. „Ich fühle mich als ideeller Gesamtlinker“ sagte der renommierte Kölner Ar-



Fototermin im Hotel Regenbogenhaus: Von links: Dr. **JOHANNES KRETZER**, Kreisrat der LINKEN und Geschäftsführer des Hotels „Regenbogenhaus“, Vize-Landtagspräsident **HORST WEHNER** (LINKE), MdL und stellv. Fraktionsvorsitzende Dr. **JANA PINKA** (LINKE), Bundespräsidenten-Kandidat der LINKEN, Prof. Dr. **CHRISTOPH BUTTERWEGGE**

mutforscher, Sozial- und Politikwissenschaftler. Demokratie lebe von politischen und persönlichen Alternativen. Er stehe für die Alternative zur großen Koalition. Das Schlüsselproblem sei die wachsende soziale Ungleichheit. Die Bundesrepublik stehe vor einer „sozialen Zerreißprobe“. Die Hauptbetroffenen seien dabei die Kinder. Sein praktisches politisches Credo seien die „Vier G“: **Gesetzlicher Mindestlohn** (auf einem Niveau von zehn bis zwölf Euro Stundenlohn), **Ganztagsbetreuung der Kinder**, **Gemeinschaftsschule** nach skandinavischem Vorbild sowie eine **Grundsicherung** ohne Sanktionen.

Wir trauern gemeinsam mit den Angehörigen um unsere teuren Verstorbenen

Gerhard Irrgang, Mittweida
Gertrud Imhof, Mittweida
Erhard Natzschka, Waldheim
Ilse Bockfeld, Lichtenberg/Erzgeb.

Wir werden ihnen stets unser ehrendes Andenken bewahren.